



Liebe Eltern,

Unterrichtsausfall durch Streik ist für alle Beteiligten unangenehm und nicht schön. Allerdings werden viele von Ihnen aus der Erfahrung am eigenen Arbeitsplatz wissen: Ein Streik hat nichts damit zu tun, dass man sich vor der Arbeit drücken will. Es ist immer die starre Haltung der Arbeitgeber, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwingt, auf den Streik als letztes Mittel zurückzugreifen. Wenn die Landesregierungen es ernsthaft wollten, könnten sie einen Streik an den Schulen ganz einfach verhindern: Indem sie den verhandelnden Gewerkschaft ein akzeptables Angebot vorlegen und damit anerkennen, dass die Forderungen der Beschäftigten berechtigt sind. Das haben die Arbeitgeber nicht getan. Doch wer den Banken Milliarden hinterherwerfen kann, wer mit Elbphilharmonie oder einem Flughafen – um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen – Milliarden verschleudert, sollte bei den eigenen Mitarbeitern nicht das alte Lied vom armen Staat anstimmen.

Die GEW setzt sich in der Tarifrunde für eine Gehaltssteigerung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ein, die mit der allgemeinen Tarifentwicklung Schritt hält. Es geht auch darum, dass die Gehälter der Landesbeschäftigten nicht von denen bei Bund und Kommunen abgehängt werden, die letztes Jahr kräftig erhöht wurden.

Darüber hinaus kämpft die GEW seit Jahren für ein tarifliches Eingruppierungsrecht für Lehrkräfte. Zu ihnen zählen in Hamburg tarifrechtlich auch die Vorschulklassenleitungen. Weil die Länder Lehrkräfte nach Gutsherrenart einseitig eingruppieren dürfen, richtet sich das Gehalt bei gleicher Arbeit und gleicher Qualifikation danach, in welchem Bundesland man beschäftigt ist. Das führt zu teilweise gravierenden Gehaltsunterschieden. Neueingestellte Vorschulklassenleitungen erhalten in Hamburg eine niedrigere Entgeltgruppe als ihre KollegInnen mit gleicher Ausbildung in anderen schulischen Arbeitsfeldern wie beispielsweise der Schulsozialarbeit. Diesen ungerechten und vordemokratischen Zustand können wir nur mit einem tariflichen Eingruppierungsrecht beenden. Die GEW fordert eine tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte, die den Anforderungen des Lehrerberufs und der hohen Verantwortung für die Zukunft Ihrer Kinder gerecht wird. Andernfalls droht, dass sich immer weniger Menschen für den Lehrerberuf entscheiden. Darunter würden auch die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern leiden.

Bei den Ländern ist jeder zweite Beschäftigte im Bildungsbereich tätig, die Mehrzahl davon an Schulen. Weil für die Lehrkräfte besonders viel auf dem Spiel steht, werden die Arbeitgeber ganz genau beobachten, wie stark sie sich an den Warnstreiks beteiligen. Die GEW ruft traditionell verantwortungsvoll zu Streiks auf. Aber ohne eine große Beteiligung der Schulen können die Ziele in dieser Tarifrunde nicht erreicht werden. Deshalb setzen wir auf Ihr Verständnis als Eltern, als ArbeitnehmerInnen, als Staatsbürger. Am 7/8. März wird eine entscheidende Verhandlungsrunde stattfinden. Wir sehen uns daher gezwungen, unseren Forderungen zuvor deutlich Nachdruck zu verleihen. Mit einem Warnstreik am Dienstag, den 26. Februar 2013.

Natürlich ist Geld nicht alles. Guter Unterricht und gute pädagogische Betreuung in kleinen Klassen mit qualifizierten Lehrkräften und Erzieherinnen ist das Ziel der GEW. Um dieses Ziel zu verwirklichen, brauchen wir zufriedenen Beschäftigte, die sich in ihrem Engagement auch ernst genommen fühlen. Und zum Ernst genommen werden gehört eben auch eine angemessene Bezahlung. Dafür streiten wir in dieser Tarifrunde.

Freundliche Grüße,

GEW Hamburg, Birgit Rettmer